

# Lübner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Heuchel in Schönau (Korbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Heuchel, Schönau (Korbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Nachnahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Heuchel in Schönau (Korbach).

## Die Ausgabe

ersolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonement 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

## Ämtliches Publikations-Organ

der städt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

## Insertionspreis

1 spaltige Beilagen ober deren Raum 10 Pf., für ausw. Jnl. 12 Pf., Reklamezeile 20 Pf. Bei gerichtl. Vertreibung kommt Rabatt in Wegfall. Annahmefrist Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 23.

Lahn, Donnerstag, den 23. Februar 1911.

8. Jahrgang.

## Tages-Nachrichten.

**Berlin.** Die große Heerschau des Bundes der Landwirte hat auch in diesem Jahre wieder den alle Anwesenden begeisternden Verlauf genommen. In den 18 Jahren seines Bestehens hat der Bund seine Zahl geändert. Sein nächster Zweck, die Bekämpfung der Caprivischen Wirtschaftspolitik ist längst erreicht. Der Ausblick auf die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage brachte eine parteipolitische Stimmungnahme von selbst mit sich. Die Darlegungen der Führer bezeugten, daß der Bund der Landwirte eine Kampfschlacht einnehmen wird gegen alle politischen Parteien von Debel bis Wassermaan. Eine Ueberraschung bereitete der Bundesdirektor Dr. Diederich Bahn der Versammlung mit der bis dahin geheim gehaltenen Mitteilung, daß die Zahl der Mitglieder trotz der gesteigerten Gegnerschaft durch die beiden anderen wirtschaftlichen Vereinigungen sich in dem Berichtsjahre um 11 000 vermehrte und jetzt 323 000 beträgt. Größer aber war noch der Jubel, als auf das Puldingstelegramm an unseren Kaiser umgehend der Dank des Monarchen eintraf. In der Puldingung war das Gelöbniß ausgesprochen worden, daß die deutsche Landwirtschaft, dem glänzenden Vorbilde ihres ersten Berufsgenossen folgend, alle Kräfte daran setzen werde, das große Ziel zu erreichen, das der Kaiser ihr gesteckt hat. Mit Bezug darauf erwiderte der Herrscher, es werde ihn freuen, wenn seine Anregungen vor dem Landwirtschaftskrat sich von Nutzen für die deutsche Landwirtschaft erweisen würden. Den Ausführungen des Bezirkschornsteinfegermeisters Conradt über den Mittelstand in Stadt und Land, die ein Zusammenarbeiten der Konservativen und des Bundes der Landwirte mit dem gewerblichen Mittelstande unter der Devise „Treue um Treue“ besüßworteten, fanden ausgiebige lebhafteste Zustimmung. Von den Diszussionsrednern erzielte Dr. Dertel fürmlichen Beifall, als er von der agrarischen Zukunft sprach und sagte: „Ich sehe, wie die Weidlande bepflanzt sind, wie Zehntausende neuer Bauern dort angesiedelt sind zum Segen des Vaterlandes. Das ist unser Kultur-Zukunftstaat.“ Nach ihm erntete der Abgeordnete v. Oldenburg-Januschau den größten Beifall mit seinen kraftvollen Schlagworten, unter denen sich auch dieses befand: „Fallen einige von uns bei den kommenden Wahlen, so wird man sie finden mit der Spitze ihres Degens gerichtet gegen die Sozialdemokratie. Für den Wahlsond wird eine Extrasteuer in Höhe eines Jahresbeitrages erhoben. Die zum Schlusse angenommene Resolution, worin die Zerissenheit des heutigen politischen Lebens beklagt, auf die vorjährige Marienburger Kaiserrede von der Notwendigkeit des Hand in Hand-Gehens der verschiedenen Berufsgruppen hingewiesen und schließlich das unverbrüchliche Festhalten an der Bismarckschen Wirtschaftspolitik proklamiert wird, darf zugleich als die Parole des Bundes der Landwirte für die kommenden Reichstagswahlen angesehen werden.“

**Berlin.** Nach dem bisherigen Ergebnis des Ertrages aus Steuern, Gebühren und Zällen für das laufende Rechnungsjahr 1910 wird der Hauptabschluss der Reichskasse einen Ueberschuß aufweisen. Man gewinnt also wiederum das Bild einer dauernden Besserung der deutschen Finanzen, was in Anbetracht der Tatsache, daß noch ausstehende Matrikularbeiträge für 1909 zu bedecken sind, doppelt erfreulich ist. Am besten sind übrigens die Wärfensteuer, die Steuer auf Privatloose, die Zantiensteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und der Grundstückübertragungsstempel eingeschlagen.

**Berlin.** Die Ermordung einer englischen Forschungs-Expedition auf Neuguinea durch eingeborene Buschleute wird wahrscheinlich eine gemeinsame Straf-Ex-

pedition der englischen und deutschen Regierungen zur Folge haben. Die wilden Ureinwohner Neuguineas, der zweitgrößten Insel der Welt, haben sich bisher immer noch der Erforschung des Landes zu widersetzen verstanden. Die Wilden sind vielfach noch Menschenfresser und beunruhigen oft die den Weißen ergebene eingeborene Bevölkerung. Die englische Expedition, bei der aller Wahrscheinlichkeit nach 3 Engländer und 24 Eingeborene umgekommen sind, teilte das Schicksal einer Reihe anderer, darunter auch deutscher Forschungsreisenden, die in den Urwäldern Neuguineas den Tod erlitten. Bei der gemeinschaftlichen Strafexpedition handelt es sich daher für uns Deutsche, alte Schulden einzutreiben, wofür bei den jetzigen etwas unruhigen Verhältnissen in der Südsee doppelt Anlaß vorliegt. Deutsche Kolonisten in der Südsee wünschen vielfach, daß bessere Verkehrsverbindungen mit der Außenwelt geschaffen werden und daß öfters deutsche Kriegsschiffe die Inseln besuchen, um der eingeborenen Bevölkerung einen richtigen Begriff von den Machtmitteln der Deutschen zu geben.

**Berlin.** Koloniale Anträge haben in letzter Zeit wieder die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. In Deutsch-Südwestafrika sollte Simon Copper mobil geworden sein, auf Ponape in der Südsee hat es erste Kämpfe gegeben, bei denen, wie jetzt bekannt geworden ist, auf unserer Seite fünf Mann gefallen sind, unter ihnen der Leutnant z. S. Erhard. Solche Revolten, wie die auf Ponape, sind aber im kolonialen Leben unvermeidlich, sie werden sich, solange die eingeborene Bevölkerung nicht vollkommen zivilisiert ist, von Zeit zu Zeit immer wiederholen. Auch auf Ponape ist die Ursache der Revolte die Erziehung des Insulaners zur Arbeit gewesen, die, beziehender Weise, von gewissen Leuten als Grausamkeit hingestellt wird. Für die Leistungen der Regierung, die im Wegebau, in der Unterstützung bei Anlage von Plantagen usw. bestehen, haben die Eingeborenen eine Steuer in Form von Arbeitsleistungen zu entrichten. Hiergegen erhob sich ein Teil der Eingeborenen auf Ponape und es kam zu Gewalttätigkeiten seitens der Rebellen. Eine Strafexpedition eines Marine-Landungskorps im Verein mit der Polizeitruppe machte die Rebellen unschädlich, allerdings unter dem angegebenen herben Verlust. Auch hierbei muß wiederum betont werden, daß es sich nicht um eine Gesamt-Erhebung der Eingeborenen, sondern um eine Revolte eines Hauses von Unzufriedenem handelt. Grund für eine pessimistische Beurteilung der Lage in der Südsee ist nicht vorhanden, wie auch die Gewähr besteht, daß solche Aufstände immer mehr zu den Seltenheiten zählen und an Kraft mehr und mehr einbüßen werden.

**München.** Von den bayerischen Jubiläumsmünzen werden im ganzen 900 000 Stück geprägt und zwar 100 000 Stück zu 5 Mk. und je 400 000 Stück zu 3 und 2 Mk. Der Gesamtwert von zweieinhalb Millionen Mark ist der höchste, der bisher in Deutschland in Jubiläumsmünzen geprägt worden ist. Der Avers der Münze zeigt das Portrait mit der Umschrift „Kaiserpaul Prinz-Regent von Bayern“. Unten liest man in kleinen Lettern das Jubiläumsdatum „1821 — 12. März — 1911“. Wie die „Münch. N. N.“ mitteilen, beabsichtigt der Prinz-Regent aus dem Erträgnis der anlässlich seines Geburtsfestes veranstalteten Landesversammlung einen angemessenen Teil der Unterstützung bedürftiger Veteranen zuzuführen, für welchen Zweck er bekanntlich vor kurzem 100 000 M. angewiesen hat, die aus seiner Privatkassa verteilt werden sollen.

**Petersburg.** China hat seine Antwort auf das russische Ultimatum bereits erteilt. Sie ist in den wesentlichen Punkten zustimmend gehalten; die geringfügigen Differenzen, die noch bestehen, werden leicht beigelegt werden. Von einer Erweiterung des 1881er

Vertrages mit Rußland will China jedoch nichts wissen, so entschieden es auch gewillt ist, an den gegenwärtigen Vertragsbestimmungen festzuhalten und eine verständliche Politik zu treiben. — Die französische Regierung hegt nicht die geringste Beforgnis wegen des russischen Vorgehens gegen China und läßt erklären, daß Rußland die äußerste Geduld gehabt habe, zu einem entschiedenen Schritt aber gedrängt worden sei, weil seine Langmut in Peking als Schwäche gedeutet wurde.

## Deutscher Reichstag.

Bei nur mäßig besetztem Hause eröffnete der Abg. Welzer-Sigmaringen (Ztr.) am Dienstag den Reigen der Redner zur zweiten Lesung des Justizetats. Redner wünschte eine Reform der Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren und besonders die Verschärfung der Strafen für Verbreitung von Schmutz in Wort und Bild. Das geplante Luftschiffahrtsgesetz solle sich zunächst auf praktische Gesichtspunkte beschränken. Scharrer (Ztr.) Abg. Redner an der Weltfremdheit einer großen Anzahl unserer Richter, an der Behandlung der Angeklagten im A-nstheimer Prozeß, er forderte Auskunft über den Stand des Eulenburg-Prozesses und meint, die Auffassung des kleinen Mannes, daß bei uns Klassenjustiz herrsche, sei nach dem Geschehenen nicht frivol zu nennen. Die vorzügliche Leitung der Moabiter Prozesse haben das Vertrauen zu unserer Justiz wieder gehoben. Abg. Frank (Soz.) spricht gleichfalls von Klassenjustiz, unter der namentlich die sozialdemokratischen Redakteure zu leiden hätten. Wegen der Moabiter Hofkommission könnte auf Grund der neuen Justizbestimmungen jeder Sozialdemokrat bestraft werden; die Unternehmer sollte man milde, die Arbeiter scharf an. Redner protestiert namentlich gegen die Maßregelung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Staatssekretär Lisco betont die guten Wirkungen des Gesetzes über die Entlastung des Reichsgerichts und führt an, daß Fürst Eulenburg bei einer Untersuchung am 4. Januar verhandlungsunfähig befunden wurde. Zur Bekämpfung der Schundliteratur wurde eine Zentralstelle geschaffen. Abg. Barenhorst (Ztr.) fordert Abschaffung des Eisenbahnhaftpflichtgesetzes. Staatssekretär Lisco erwidert, daß ein solches Gesetz für Sachschäden sich in Ausarbeitung befinde. Abg. Ablas (Zpt.) weist die teilweise direkt ehrenrührigen Angriffe auf den Gutsherrn Becker eingehend zurück. Abg. Roth (Wsch. Bg.) fordert Verschärfung der Strafanstalten durch die Richter. Staatssekretär Lisco: Das Strafvollzugsgesetz kann sich nur an ein neues Strafgesetz angliedern, das alsbald vorgelegt werden wird.

## Preussisches Abgeordnetenhhaus.

Das Haus begann am Montag die Beratung des Eisenbahnetats. Nach den Darlegungen des Reichsjustizministers Abg. Schmieding betonte Abg. Graf Groeben (H.), daß die Verantwortlichkeit der Beamten als „bestes Kapital“ erhalten bleiben müsse. Abg. Wallenborn (Ztr.) sprach über die Arbeiterangelegenheiten in Staatsbetrieben. Abg. Friedberg (nl.) hatte Einwände gegen die Finanzverwaltung der Eisenbahn, die aber vom Finanzminister und vom Eisenbahnminister Breitenbach zurückgewiesen wurden. Die Abgg. Graf Polke